Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Durlacher Tagblatt. 1920-1964
# 1932

202 (30.8.1932)

Visual Library

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 202 — Dienstag, den 30. August 1932 — 104. Jahrgang


## Kurze Tagesübersicht

**Wie wir erfahren, fand am Montag auf gesellschaftlichem Boden eine Begegnung zwischen Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Adolf Hitler statt.**

*

**Die Bekanntgabe des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung übte auf die Börse eine Belebung aus und führte zu einem Anziehen der Kurse.**

*

**Die Freien Gewerkschaften lehnen das Wirtschaftsprogramm des Reichskanzlers ab. Sie sandten an Hindenburg ein Protesttelegramm.**

*

**Am heutigen Dienstag mittag finden die Eröffnungssitzungen des Reichstages und des Preußischen Landtages statt. Den Reichstag wird Klara Zetkin als Alterspräsidentin eröffnen.**

*

**Am Montag sind die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP. in ein entscheidendes Stadium getreten. Man beurteilt die Aussichten einer Einigung wieder weniger günstig.**

*

**Am Montag hielten die Reichstagsfraktionen der D.N.V.P. des Zentrums, der N.S.D.A.P. und der S.P.D. Sitzungen ab. Das Zentrum setzt sich in einer Entschließung für eine Regierung mit klarer Parlamentsmehrheit ein. In der Sitzung der nationalsozialistischen Fraktion sprach Adolf Hitler in richtunggebender Weise über die Stellung der N.S.D.A.P. zur politischen Lage.**

*

**Die Bayerische Volksparteikorrespondenz nimmt Stellung zur Rede Papens in Münster und wendet sich gegen eine neue Reichstagsauflösung. „Gerade vom Standpunkt einer konservativen Regierung aus sei es unverantwortlich, das deutsche Volk innerhalb eines Jahres in einen fünften Wahlkampf zu stürzen".**

*

**Der deutsche Geschäftsträger, Graf von Bernstorff, hatte Montag eine längere Unterredung mit dem englischen Außenminister, die wahrscheinlich der Frage der deutschen Gleichberechtigung galt.**

*

**Die amerikanischen Bankgläubiger haben den Zinsfuß für 200 Millionen Dollar kurzfristiger deutscher Kredite um 1 auf 5 v. H. herabgesetzt.**

## Zusammenkunft Papen-Schleicher-Hitler

**T.U. Berlin, 29. Aug. In den frühen Nachmittagsstunden des Montag fand eine Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler von Papen, dem Reichswehrminister Schleicher und Adolf Hitler auf gesellschaftlichem Boden statt. Man unterhielt sich über die innenpolitische Lage, ohne daß sich die Stellung der Reichsregierung irgendwie geändert hätte.**

## Der Reichskanzler nach Neudeck abgereist

T.U. **Berlin,** 29. Aug. Reichskanzler von Papen ist zusammen mit dem Reichsinnenminister von Gayl, dem Reichswehrminister von Schleicher, sowie dem Staatssekretär Dr. Meißner am Montag abend mit dem fahrplanmäßigen D-Zug nach Neudeck abgereist, um dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten. Die Mitglieder des Reichskabinetts werden für Mittwoch vormittag zurückerwartet. Für Mittwoch nachmittag ist eine Kabinettssitzung angesetzt, in der über das Ergebnis der Besprechungen in Neudeck verhandelt werden soll.

Inzwischen hat die gegenseitige Fühlungsnahme der Nationalsozialisten und des Zentrums für den Reichstag nur soviel ergeben, daß die Nationalsozialisten sich gegenüber dem Alterspräsidium der Kommunistin Klara Zetkin höchstwahrscheinlich mit einer Protesterklärung begnügen und ihren Ausführungen im Reichstag nicht beiwohnen werden, worauf dann nach Erledigung der Formalitäten möglichst noch am Dienstag nachmittag eine zweite Sitzung zur Wahl des Präsidiums abgehalten werden soll. Den Reichstagspräsidenten werden die Nationalsozialisten stellen, einen der Vizepräsidenten das Zentrum. Die Nationalsozialisten präsentieren wahrscheinlich den Abgeordneten Stöhr, das Zentrum den Abgeordneten Esser. Das Reichstagspräsidium soll dann bei der Reichsregierung bezw. beim Reichspräsidenten offiziell vorstellig werden, um über die Stimmung und die Koalitionsmöglichkeiten im Reichstage Mitteilung zu machen und zum Ausdruck zu bringen, daß ein Grund für die Auflösung des eben erst gewählten Reichstags nicht bestehe.

## Zinsherabsetzung für amerikanische kurzfristige Kredite an Deutschland

**T.U. New-York, 29. Aug. Die amerikanischen Bankgläubiger Deutschlands haben den Zinsfuß für 200 Millionen Dollar von insgesamt 400 Millionen Dollar kurzfristiger Kredite von 6 v. H. auf 5 v. H. herabgesetzt.**

## Der Eindruck der Kanzlerrede

**Berlin,** 29. Aug. Man beurteilt in **politischen Kreisen** die Rede als die eines mutigen Mannes, der alles einsetzen will, um die Durchführung des Programms zu sichern, von dem die Reichsregierung eine Besserung der gegenwärtigen Zustände erwartet. Das Kernstück des Wirtschaftsprogramms sieht man allgemein in der Einführung der Steueranrechnungsscheine, durch die eine noch für später mögliche Steuerermäßigung schon jetzt zur Ankurbelung der Wirtschaft mobilisiert werden soll. Aber auch diese Maßnahme ist natürlich im Zusammenhang mit dem übrigen Plane zu werten, mit dem die Reichsregierung die Krise überwinden will.

Der Kanzler selbst äußert sich in einer **Unterredung** einem Mitglied der **„Rheinisch-Westfälischen Zeitung"** gegenüber über den Aufbau und die Wirkung dieser angekündigten Maßnahmen. Ich bin der Ansicht, daß Arbeit Kapital schafft und ich freue mich, daß die Reichsregierung mit dem Programm, das sie dem Reichspräsidenten vorschlägt, **auch einen Teil der Wünsche der NSDAP. erfüllt.** Ich hoffe, daß die gleiche Richtung unserer Wünsche und die Gemeinsamkeit des Zieles **zu einer Zusammenarbeit auf sachlichem Boden führt,** durch die die rein parteipolitischen Momente in den Hintergrund gerückt werden. Ich bin überzeugt, daß gerade eine Partei, die die sachliche Arbeit auf ihre Fahne geschrieben hat, ein solches Programm der unmittelbar praktischen Arbeit und Arbeitsbeschaffung **frei von allen politischen Bindungen prüft.** Die Reichsregierung ist eine autoritäre Regierung, sie ist gegenüber Forderungen parteipolitischer Art völlig frei und unabhängig. **Gerade deshalb** glaubt sie, das Arbeitsprogramm in breitem Rahmen und abseits von allen Einzelinteressen durchführen zu können. **Damit ist die beste Sicherung für die Verwirklichung des gesteckten Zieles gegeben.** Die Reichsregierung hofft bestimmt, **Arbeitgeber und Arbeitnehmer** auf dem Boden dieses Programms zu vereinigen. Die Befruchtung des Wirtschaftsprozesses, die die Reichsregierung herbeizuführen sucht, liegt ganz besonders **im Interesse der Arbeitnehmer. Die Vorschläge,** die die Reichsregierung macht, haben wesentlich das Ziel, 1 bis 2 Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern.

Es muß von diesem Programm, so meinte der Kanzler, ein starker Impuls ausgehen und es muß im ganzen Volke **eine Vertrauensphäre entstehen,** in der die heute darniederliegenden Kräfte sich wieder stark entfalten können.

**Die gemeinsame Arbeit am gemeinsamen Ziel der Zukunft, an Volk und Vaterland, muß die Brücke bilden zum Ausgleich der politischen Gegensätzlichkeiten.**

In Zukunft muß jeder einzelne wieder die Ueberzeugung haben, daß der Ertrag seiner Arbeit nicht ein Faß ohne Boden ist, ins Leere fällt, sondern ihm, seiner Familie, seinen Kindern und dem ganzen Volke zugute kommt.

Die Presse beschäftigt sich bereits am Montag früh eingehend mit der Kanzlerrede. So schreibt die **„Kölnische Zeitung"** u. a.: Die Rede war eine **Kampfrede von großer Eindringlichkeit und Schärfe.** Eine Kampfrede gegen den Reichstag und gegen die Parteien, besonders gegen die Nationalsozialisten. Ueber den wirtschaftlichen Teil der Rede sagt das Blatt, ganz streng und nüchtern genommen bedeute der eigentliche Kern dieses Stückes eine **Steuerzahlungsmanipulation** mit dem Versprechen einer zukünftigen Lastensenkung in Verbindung mit zusätzlicher Geldschöpfung. Der Plan der Steuerverrechnung sei das Versprechen einer Steuersenkung für die Zukunft.

Die **„Kölnische Volkszeitung"** schreibt: Ohne Zweifel werden viele Besorgnisse zerstreut werden und wir möchten glauben, daß bei planvoller Zusammenarbeit **manches Gedeihliche aus dem Programm erwächst.** Wir freuen uns über die Betonung des Gedankens der christlich-konservativen Staatsgesinnung.

Der „Völkische Beobachter" kommt in einer ausführlichen Stellungnahme zu der Rede des Reichskanzlers zu einer **Ablehnung des darin skizzierten Wirtschaftsprogramms.** Unter der Ueberschrift „Unmögliche finanzpolitische Projekte" meint das Blatt u. a., schon der Plan der Finanzierung des neuen Notstandsprogramms müsse bedenklich machen. Die Regierung wolle diese Finanzierung durch Ausgabe von einer Art von Staatskassenscheinen auf Steuern durchführen. Wenn wir recht informiert sind, fährt der „Völkische Beobachter" fort, bedeutet diese Maßnahme eine durch die Reichsbank gedeckte Ausgabe von Steueranteilscheinen, die keine effektive realisierbare Deckung haben, sondern lediglich durch die Staatseinnahmen haben, aus Wirtschaftswerten, die erst in der Zukunft gewonnen werden, gedeckt werden sollen. Dieser Versuch, mit in Zukunft aufkommenden Wirtschaftswerten eine Finanzierung vorzunehmen, bedeutet nach Auffassung des Blattes einen völligen Bruch mit allen klassischen Deckungsregeln.

### Die Berliner Presse zum Wirtschaftsprogramm

**Berlin,** 29. Aug. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung findet am Montag abend bei der **Berliner Abendpresse** große Beachtung, sei es, daß sie, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Programm an führender Stelle des Blattes unkommentiert wiedergibt, sei es, daß sie es mehr oder weniger ausführlich bespricht. Restlose Zustimmung findet das Programm freilich kaum.

Der **„Lokalanzeiger"** meint: Gelänge es, an zwei Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzuordnen, und ihrem Leben damit wieder Sinn zu geben, wird die Erleichterung über solchen Erfolg den Groll derer übertönen, die auch diesmal, wie schon so oft, die Opfer zu bringen haben.

Im **„Börsenkurier"** wird gesagt: Versagt das Programm, ist wenig verloren, weil relativ wenig riskiert war. Zeigt sich dagegen, daß das Programm im rechten Moment gekommen ist, wird also von den Mehreinstellungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht, so vollzieht sich der Antrieb genau so wie in einer echten Konjunktur an den volkswirtschaftlich vernünftigsten Stellen.

Die nationalsozialistische **„Nationalpost"** wendet sich gegen die Aeußerung des Kanzlers in einem Interview mit einem Redaktionsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, er habe mit seinen Vorschlägen auch einen Teil der Wünsche und Forderungen der NSDAP. erfüllt, und bezeichnete diese Ansicht als einen Irrtum. Denn die Pläne des Kanzlers liefen auf eine Arbeitsstreckung hinaus, nicht auf die von den Nationalsozialisten geforderte neue Wertschöpfung.

Auch der sozialdemokratische **„Abend"** lehnt das Programm der Regierung schroff ab und nennt es ein Programm des Verfassungsbruches, das dem Volke nicht mit Gewalt aufgezwungen werden dürfe. Die Rede des Reichskanzlers habe gezeigt, wie weit die Zerstörung der Verfassung bereits fortgeschritten ist. Ebenso ablehnend verhält sich auch die kommunistische **„Welt am Abend",** die die Wünsche der Privatindustrie und der Landwirtschaft in diesem Programm vollkommen erfüllt sieht.

Natürlich nimmt das **Ausland** sehr starkes Interesse an den Ausführungen des Reichskanzlers. In der **englischen Presse** wird **der politische Teil** der Ausführungen des Herrn v. Papen allgemein so aufgefaßt, daß die jetzige Regierung nicht nur beabsichtigt, sondern entschlossen ist, im Amte zu bleiben. Das Hauptinteresse wendet sich naturgemäß den weitreichenden wirtschaftlichen Maßnahmen und besonders der damit verbundenen Finanzpolitik zu. **„Daily Telegraph"** schreibt u. a., das Programm habe sozialistische Merkmale und wenn die sozialistische Seite des Hitlertums ernst zu nehmen wäre, so wäre eine theoretische Reichstagsmehrheit zu mindestens für einige der Maßnahmen denkbar.

Die rechtskonservative **„Morningpost"** meint: Die Deutschen seien der Kämpfe zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten müde und würden den Reichskanzler für seine Erklärung, daß er das schwellende Feuer des Bürgerkrieges löschen werde, dankbar sein. Der Berliner Korrespondent der **„Times"** ist der Meinung, daß die bisher bekannten Einzelheiten des Planes der Arbeitsbeschaffung noch keine Kritik ermöglichten. Man müsse nähere Angaben und die Reaktion der Londoner Börse und der Finanzwelt abwarten.

Die **französischen Blätter** heben allgemein hervor, die Rede des Kanzlers lege davon Zeugnis ab, daß die Regierung v. Papen im Amte bleiben wolle, denn sie habe ein Programm entwickelt, dessen Durchführung eine größere Zeitspanne zur Voraussetzung habe. — Die radikale **„Volonte"** meint u. a., man finde in der Rede keine Anspielung auf die Außenpolitik, dagegen zeige sie den **deutlichen Willen zu einer inneren wirtschaftlichen Wiederherstellung und sozialen Entspannung.** — **„Avenir"** führt aus, man habe mit berechtigter Neugier sich gefragt, wie der Reichskanzler von Hitler herausgefordert, reagieren würde. Seine Rede sei weder eine heftige Proklamation, noch eine verschleierte Abdankung gewesen. Sie sei, wie man anerkennen müsse **die Klugheit selbst.** Wie auch das Deutschland von morgen aussehen möge, so sei es für seine Nachbarn besser, es mit einer effektiven Regierung zu tun zu haben, als mit einem politischen Klub ohne Mandat und ohne Verantwortung. **„Petit Journal"** schreibt, Herr v. Papen habe so gesprochen, als ob er die Gewißheit habe, lange an der Regierung zu bleiben, nicht aber wie ein Mann, der wegen des Ausganges der bevorstehenden parlamentarischen Kämpfe beunruhigt sei.

### Die Freien Gewerkschaften lehnen ab

### Protesttelegramm an den Reichspräsidenten

**Berlin,** 29. Aug. Die Vorstände der Freien Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben dem „Abend" zufolge an den Reichspräsidenten **ein Telegramm gesandt,** in dem sie die Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über die Absichten der Reichsregierung als die **„tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechtes und eine einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten"** bezeichnen und an den Herrn Reichspräsidenten appellieren, „einer solch **beispiellos unsozialen Politik"** die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen. Im Zusammenhang bringt der „Abend" eine Information aus Kreisen der Freien Gewerkschaften, nach der diese das Programm Papens **mit Entschiedenheit ablehnen** und den Plan mit größter Skepsis aufnehmen, Neueinstellungen von Arbeitern mit einer Prämie von 400 RM. zu belohnen. Man weist darauf hin, daß aller Voraussicht nach allen möglichen Schiebungen Tür und Tor geöffnet sein wird.

## Gewerkschaftsring zur Reichskanzlerrede

T.U. **Berlin,** 29. Aug. Der freiheitlich-nationale Gewerkschaftsring erklärt zur Reichskanzlerrede u. a. folgendes: Die Absicht der Regierung, durch positive Maßnahme die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, entspricht dem dauernden Drängen der Gewerkschaften. Die zu diesem Zwecke von der Regierung gewählte besondere Form der Kreditausweitung kann bei strenger Sicherung gegen inflationistische Gefahren das erstarrte Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen. Mit aller Entschiedenheit muß aber der Gewerkschaftsring sich gegen die Absicht der Regierung wenden, mit der sogenannten Auflockerung der Tarifverträge eine Lohnsenkung auf der ganzen Linie herbeizuführen. Der Anreiz zur Einstellung von Arbeitskräften durch Verbindung von Neueinstellungen mit der Ermächtigung zu unter tariflicher Bezahlung führt zu völliger Verwirrung auf lohn- und gehaltspolitischem Gebiete, die auch die Wettbewerbsverhältnisse der Privatunternehmungen unheilvoll beeinflussen muß. Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften an einer Stelle der Wirtschaft werden Entlassungen an anderer Stelle, vor allem im Bereiche verbundener Unternehmungen, gegenüberstehen. Der Gewerkschaftsring fordert, daß nach der Beseitigung der Reparationen ein grundlegender Umbau des Steuersystems erfolgt mit dem Ziel, die durch die verschiedenen Notverordnungen hervorgerufene unsoziale Steuerlastenverteilung zu beseitigen und Besitz- und Massensteuern in ein gesundes Verhältnis zueinander zu bringen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

## Zur Reichstagseröffnung

**Berlin,** 30. Aug. Die heutige erste Sitzung des neuen Reichstags wird von der Kommunistin **Klara Zetkin als Alterspräsidenten geleitet werden.** Die 230 Nationalsozialisten werden in Uniform zur Sitzung erscheinen. Man befürchtet, daß allein die Tatsache, daß eine kommunistische Führerin das Alterspräsidium übernimmt, zu erregten Szenen in der Sitzung führen wird. Die **Präsidentenwahl** soll erst auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Reichstags gesetzt werden. **Präsident Löbe,** der nicht mit seiner Wiederwahl rechnen kann, verabschiedete sich bereits Montag nachmittag vom Personal des Reichstags. Nach parlamentarischer Gepflogenheit stellt die **größte Fraktion des Reichstags den Präsidenten.** Die Nationalsozialisten werden sich erst in ihrer morgigen Sitzung darüber schlüssig werden, wen sie als Kandidaten präsentieren wollen. Wie verlautet, haben sie die Absicht, den früheren **Reichstagsvizepräsidenten Stöhr** für diesen Posten vorzuschlagen. Daneben wird jedoch auch der Abgeordnete Dr. Fabricius genannt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das **Zentrum bereit ist,** den Anspruch der Nationalsozialisten auf den Präsidentenstuhl **anzuerkennen.** Da auch die Deutschnationalen für einen Nationalsozialisten stimmen würden, so wäre dessen Wahl zum Präsidenten gesichert, selbst wenn die Kommunisten für den bisherigen Präsidenten Löbe oder einen anderen Sozialdemokraten eintreten sollten.

## Die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion

T.U. **Berlin,** 29. Aug. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittag zusammen. Diese erste Sitzung der neuen Fraktion wurde vom bisherigen Fraktionsvorsitzenden, Dr. Oberfohren, eröffnet, der die wieder- und neugewählten Abgeordneten begrüßte und Mitteilung davon machte, daß die auf Landwirtschaftslisten gewählten Abgeordneten Dr. Schenk, Freiherrn von Stauffenberg, Haag (Württemberg) und Abicht (Thüringen) der deutschnationalen Fraktion als Mitglieder beigetreten sind. Die Fraktion bestimmte darauf, daß der bisherige Vorstand die Geschäfte zunächst weiterführen soll und ernannte die Mitglieder für die maßgebenden Ausschüsse. Darauf folgte eine eingehende politische Aussprache. Die Fraktion beschloß, sich an denjenigen Sitzungen des Reichstags, die unter dem Vorsitz einer aus Moskau herbeigeholten Bolschewistin stattfinden, nur insofern zu beteiligen, als es für die technischen Maßnahmen zur Konstituierung des Reichstags notwendig ist. Es kam hierbei zum Ausdruck, daß nichts dem Tiefstand des Weimarer Parlamentarismus stärker kennzeichnet als der Umstand, daß die Eröffnungssitzung des neuen Reichstags zum Schauplatz kommunistischer Propaganda gemacht werden soll."

## Einspruch der Zentrumsfraktion des Reichstags

T.U. **Berlin,** 29. Aug. Die Zentrumsfraktion des Reichstags trat am Montag nachmittag zu ihrer ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen Bericht des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Abgeordneten Joos, über seine Unterredung mit dem Reichskanzler von Papen kurz nach den Wahlen. Ueber die seither zwischen einzelnen Vertretern des Zentrums und der Nationalsozialisten geführten Verhandlungen wurden Mitteilungen nicht gemacht, weil die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Mit der Bayerischen Volkspartei ist, wie auch im alten Reichstag, eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen worden, die sich auf alle parlamentarischen Fragen erstrecken wird. In der Aussprache kam es als Einheitswille der Zentrumsfraktion zum Ausdruck, daß sie alles zu tun versuchen wird, um die Innehaltung verfassungsmäßiger Wege zu gewährleisten.

Am Schluß der Sitzung fand eine Entschließung einstimmige Annahme. In ihr werden die Richtlinien gebilligt, die am 11. August von den Reichstagsabgeordneten Joos und Bolz dem Reichskanzler vorgetragen worden sind. In Verfolg dieser Haltung findet auch die Sonntagsrede des Reichskanzlers in Münster hinsichtlich der über die derzeitigen Bemühungen des Zentrums gemachten Ausführungen grundsätzliche Ablehnung. In der Entschließung heißt es am Schluß wörtlich: „In der klaren Erkenntnis, daß jede Regierung, ohne Mehrheit und Vertrauen in der Volksvertretung zu besitzen, notwendigerweise auf eine abschüssige Bahn kommen muß, arbeitet die Zentrumsfraktion unbekümmert um Drohungen und Einschüchterungen ihrerseits mit an der Schaffung einer Regierung, die sich auf eine klare Mehrheit des Parlaments stützen kann und gewillt ist, mit ihm zusammenzuarbeiten, geleitet von dem Gedanken, daß es verfassungsmäßig unmöglich und für das Reich verderblich ist, eine Reichstagsauflösung nur deswegen zu befürworten und vorzubereiten, weil der gegenwärtigen Regierung die Mehrheit versagt bleibt."

## Zentrum für eine Regierung mit klarer Parlamentsmehrheit

T.U. **Berlin,** 29. Aug. Zu der Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums verlautet noch folgendes: Bei der Erörterung der politischen Lage kam zum Ausdruck, daß die Zentrumspartei um die Schaffung einer Regierung bemüht ist, die sich auf eine klare Mehrheit des Parlaments stützen kann und gewillt ist, mit ihm zusammenzuarbeiten.

## Einzelheiten zum Wirtschaftsprogramm

**Berlin,** 29. Aug. Ueber das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung erfahren wir von unterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten: Die Ueberlegungen der Reichsregierung gehen davon aus, daß man die **Arbeitslosigkeit aus der Privatwirtschaft** heraus zu bekämpfen suchen muß. Das hat dazu geführt, daß die Reichsregierung zu der Erkenntnis gekommen ist, daß sie die Privatwirtschaft stärken muß. Solange die Krise noch im Wachsen begriffen ist, solange hat es keinen Wert, die Wirtschaft zu veranlassen, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Ganz besonders gilt das für die Zeit der Deflationskrise; denn die Abgaben lassen sich nicht so schnell senken wie die Einnahmen. Seit zwei bis zweieinhalb Jahren haben wir es in breiten Schichten der Wirtschaft mit **Zurückstellung der Arbeiten** für die Erhaltung der Betriebe zu tun. Diese Dinge müssen jetzt nachgeholt werden, weil zum Beginn des Wiederaufschwungs der Gesamtwirtschaft der Produktionsapparat in Ordnung sein muß. Ferner ist die Beobachtung zu machen, daß in einem gewissen Teile der Wirtschaft **die Lagerbestände schon ganz außerordentlich niedrig sind.** Auch hieraus ergibt sich die Möglichkeit einer Beschäftigung weiterer Arbeitskräfte im Falle des Aufschwungs. Für diese Belebung der Wirtschaft muß man einen Einsatz wagen, der genügend groß ist. Er ist in einer Größe von **2 bis 2,2 Milliarden RM. aufgestellt worden,** aufgelöst in zwei Teile zu 700 Millionen und 1,5 Milliarden RM. Die 700 Millionen RM. stellen eine **Prämie auf die Mehrbeschäftigung von Arbeitern dar.** Diese Prämie beträgt, wie bereits bekannt, pro Kopf des Arbeiters 400 RM. im Jahre, oder vierteljährlich 100 RM. Die Prämie hat die Wirkung, die öffentlichen Haushalte von den Kosten für die Arbeitslosen zu entlasten. Um so mehr man von diesem Gelde ausgibt, um so größeres Anwachsen des Wirtschaftsvolumens ist zu erwarten. Wenn die **Entlastung** auf diesem Wege herbeigeführt wird, kommt sie in erster Linie den **Gemeinden zugute,** indem die Wohlfahrtslasten unmittelbar verkleinert werden.

Der Einsatz des anderen Teiles des Betrages in Höhe von 1,5 Milliarden RM. soll in der Form erfolgen, daß für die nächsten zwölf Monate in dem Maße, als gewisse Steuern fließen, auf diese Steuern Anrechnungsscheine gegeben werden. Bei den Steuerarten handelt es sich um die Umsatz-, Gewerbe-, Grund-, Vermögens- und Beförderungssteuer, die entweder in monatliche oder vierteljährliche Abschnitte (Anrechnungsscheine) geteilt werden.

Die Auswahl der Steuerarten ist nach dem Gesichtspunkt erfolgt, daß eine Erleichterung geschaffen werden soll bei den Steuern, die unmittelbar auf dem Produktionsprozeß ruhen. Die Einkommensteuer könnte für diese Art der Steuererleichterung nicht in Betracht kommen. Wie von unterrichteter Seite weiter verlautet, hat der **Reichsbankpräsident** erklärt, daß die Steueranrechnungsscheine nach der Lombardierungsseite genau so behandelt werden wie andere Papiere. Die Höhe der Lombardierungsfähigkeit hängt natürlich mit der Bewertung durch den Markt zusammen.

Was nun die **Auswirkungen auf die Ankurbelung der Produktion** anlangt, so wird man nach Ansicht der unterrichteten Stellen einen Ueberblick **erst nach etwa vier bis fünf Monaten haben,** während die Wirkung auf den Arbeitsmarkt schon früher zu verspüren sein wird. Wie der Reichskanzler bereits mitgeteilt hat, soll ferner unter prinzipieller **Beibehaltung der laufenden Tarifverträge** eine gewisse Elastizität in der Tarifgebarung eingeführt werden. Die Löhne bis zur 30. Arbeitsstunde der Woche bleiben in der bisherigen Höhe bestehen, während bei Neueinstellung von Arbeitskräften die Löhne zwischen der 30. und 40. Arbeitsstunde eine gewisse Ermäßigung erfahren können. Insgesamt wird im Höchstfall eine Ermäßigung von 12,5 Prozent eintreten. Voraussetzung dafür ist, daß die **Gesamtlohnsumme des Betriebes steigt.** Durch diese Bestimmung soll gleichzeitig ein indirekter Druck in Richtung einer Arbeitszeitverkürzung ausgeübt werden. Hervorzuheben ist, daß diese Maßnahmen zunächst nur bis zum 30. März 1933 dauern sollen.

Die **Hauszinssteuer** wird in die Ermäßigung durch die Steueranrechnungsscheine nicht einbezogen, weil die Reichsregierung bei der gegenwärtigen Konstruktion dieser Steuer keinen Weg dazu sah. Ein großer Teil der Hauszinssteuerpflichtigen hat die Kapitalbelastung auf sich genommen, zahlt also gar keine Hauszinssteuer mehr. Die Reichsregierung ist aber mit Ueberlegungen beschäftigt, die auch bei der Hauszinssteuer **eine Erleichterung** bringen sollen. Von unterrichteter Seite wird übrigens noch mit Nachdruck unterstrichen, daß die Steueranrechnungsscheine nicht das geringste mit Inflation zu tun haben. Eine Inflation kann davon ausgehen, daß die Haushalte nicht in Ordnung sind. Die Maßnahmen der Reichsregierung haben aber ausdrücklich den Sinn, sie noch stabiler zu machen, und schließlich nehmen die Steueranrechnungen ja nur die Liquidität des Marktes in Anspruch, die übrigens bekanntlich augenblicklich recht groß ist.

## Das System der Steueranrechnungsscheine

**Berlin,** 29. Aug. Wie das Conti-Nachrichtenbüro erfährt, wird das **System der Steueranrechnungsscheine,** dessen Ankündigung das Kernstück des wirtschaftlichen und finanziellen Teiles der gestrigen Kanzlerrede bildete, bereits Mitte der neuen Woche **durch Notverordnung** in Kraft gesetzt werden, und zwar **mit Wirkung vom 1. September oder 1. Oktober.**

Die Steueranrechnungsscheine werden ausgegeben für die Hälfte der Umsatzsteuer, zwei Fünftel der Gewerbesteuer, ein Viertel der Grundsteuer und für die Gesamtheit der Beförderungssteuer. Am klarsten wird der Plan vielleicht an einem **Beispiel.** Nimmt man an, daß jemand für das laufende Steuerjahr 1000 RM. Umsatzsteuer bezahlt, so erhält er einen Steuerbond in Höhe der Hälfte dieses Betrages, also 500 RM. Diesen Bond kann er in den Jahren 1934 bis 1938 bei der Entrichtung seiner Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchsabgaben mit Ausnahme der Einkommensteuer in Zahlung geben. Die Bonds haben ein Agio, das einer 4prozentigen **Verzinsung** entspricht. In dem erwähnten Beispiel würde also der Steueranrechnungsschein von 500 RM. im Jahre 1934 mit 520 RM., im Jahre 1935 mit 540 RM. usw. eingelöst werden.

Im Verlauf der genannten fünf Jahre kann **ein Fünftel** der Steueranrechnungsscheine für die Steuerbegleichung verwendet werden, so daß also auch der Rückfluß systematisch geregelt ist. Praktisch bedeutet die Ausgabe der Steueranrechnungsscheine **eine Steuerermäßigung.** Mit Rücksicht auf seine augenblickliche Kassen- und Finanzlage kann das Reich sie nicht sofort gewähren. Es verteilt sie deshalb auf spätere fünf Jahre, aber schon jetzt, indem es ein Papier schafft, das inneren Wert hat. Er besteht darin, daß das Reich die Scheine später in Zahlung nimmt. Auf Grund dieses inneren Wertes können die Steueranrechnungsscheine **als Kreditunterlage** benutzt werden. Der große Vorteil, der sich schon daraus für die Wirtschaft ergibt, liegt auf der Hand.

## Eine Erklärung Dr. Brünings

**Berlin,** 29. Aug. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning teilt mit: In der Sonntagsnummer der „DAZ." wird die Behauptung aufgestellt, Dr. Brüning versuche, eine Koalition mit der deutlichen Spitze gegen den Reichspräsidenten zu bilden, und die Unterstellung daran geknüpft, Dr. Brüning habe geäußert, jetzt gehe er, er komme jedoch wieder, aber dann werde Hindenburg gehen. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich eine solche Aeußerung **nie getan habe.** Sie würde zudem das Gegenteil meiner Auffassung und Grundsätze sein. So weit ich überhaupt politische Besprechungen gehabt habe, dienen sie ausschließlich dem Versuche, den verfassungsmäßigen Weg in der politischen Entwicklung Deutschlands zu sichern.

---

# Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.).

3)

Dann entscheidendes Richtigstellen aus ihrem Munde: „Die gemeinsam durchlebte Gefahr gibt uns ein Recht auf Du und Du. Ich bin dem Leben erhalten durch deinen Mut. Ich danke dir, Eberhard! Aber mehr als Dankbarkeit darf nicht zwischen uns sein . . ."

Kerkhoff konnte die Sprecherin kaum sehen, so finster war es in der Hütte. Er hörte nur den Schall ihrer Worte, fühlte nur den Sinn heraus. Und der richtete sich nicht an das Herz, sondern ausschließlich an den Verstand, lautete: Nimm dir nicht zuviel heraus! Du mußt dich bescheiden, weil ein anderer vor dir kam . . .!

Ein tiefer Atemzug hob die Brust des Enttäuschten. Was nun? Etwa hinstürzen vor das Mädel, um Liebe betteln?

Theater! Um Himmelswillen keine Sentimentalität!

Kerkhoff brachte es fertig, lächelnd Zustimmung zu nikken: „Ja, Ursel, ich werde vernünftig sein!"

Vernunft — das war Selbstverständlichkeit für einen modernen Menschen. Daß das Hirn das Herz verriet, passierte täglich einem jeden. Gute Regungen, Mitleid, Erbarmen werden als Schwächen ausgelegt, die im Gefolge der Dummheit marschieren. Herz, werde hart! hieß die Losung dieser Zeit.

Das Zwischenspiel hatte ohnedies ein Ende: Von draußen klangen Stimmen, Touristen kamen, die Tür wurde aufgerissen, ein Schwarm quietschvergnügter Menschen quirlte in die Hütte, debattierte über das Wetter, erwartete plaudernd das Motorboot.

„Die Alpen — dufte, aber bei solchem Regen sind se janz von Jott verlassen!" ließ sich ein schmächtiger Berliner vernehmen, der komisch genug in seiner Salontiroler-Tracht aussah.

Ursel gesellte sich wieder zu Kerkhoff, half ihm beim Packen des Rucksackes. Sie vermieden das Sprechen, aber wenn es nicht anders ging, nannten sie sich beim Vornamen und „Du". Dabei wußten sie, daß sie sich jetzt fremder waren, als je zuvor. Unsichtbar stand ein anderer zwischen ihnen, ein anderer, von dem Kerkhoff nicht einmal den Namen kannte, der aber mehr Anrecht auf Ursula Josephy hatte, als er.

Das Boot kam, holte die Ausflügler ab. Kurz zuvor hatte Kerkhoff gegen entsprechendes Trinkgeld dem Ruderer des großen Bootes den herrenlosen Kahn Ursulas übergeben. In St. Bartholomä erhielt das Motorboot starken Zuwachs, füllte sich bis auf den letzten Platz. Es regnete immer noch. Von den stolzen Höhen war nichts zu sehen. Eines der farbenprächtigen Naturgemälde der Welt hatte sich in eine schemenhafte Skizze grau in grau verwandelt. Die Fremden ließen sich nicht halten, obgleich die Einheimischen einen schönen Abend verhießen.

Erst auf der Terrasse des „Schiffmeisters" taute Kerkhoff auf, empfand seine während der Fahrt geübte Schweigsamkeit als kindische Ueberempfindlichkeit.

„Du willst heute noch nach Salzburg zurück — das trifft sich gut, auch ich habe mir dasselbe Ziel gesteckt."

Ursula nickte lebhaft zustimmend.

„Fein. Da können wir zusammenfahren. Du hast gewiß nur einen Abstecher von deiner Chiemsee-Klause hierher gemacht?"

„So ist es." Kerkhoff wurde nachdenklich. Mit einem vorwurfsvollen Blick auf Ursula fuhr er fort: „Du hast mir im vorigen Jahr versprochen, mich in meiner Seehütte zu besuchen . . ."

Das Mädchen, jetzt umgekleidet, schmuck und köstlich frisch, ergriff impulsiv die Hand des neben ihr Sitzenden.

„Ich werde da sein, wenn du mich am wenigsten erwartest. Du kennst mich doch: Was ich verspreche, halte ich!"

Die Stunde bis zur Abfahrt des Zuges wurde für beide außerordentlich aufschlußreich. Es gab allerhand Fragen herüber und hinüber.

„Was treibst du so die liebe, lange Zeit?" wollte Ursel wissen.

Kerkhoff zog die Brauen hoch.

„O, ich bin gerade jetzt sehr stark beschäftigt mit einer neuen elektrischen Signalvorrichtung für Eisenbahnen, optisch-akustisch." Es war viel Freude und Zuversicht in seinen Worten.

„Und was macht die Vertretung?"

Das bronzebraune Gesicht Kerkhoffs verdüsterte sich. Wie gut sich das Mädel vom vorigen Jahr alles gemerkt hatte!

„Die Geschäfte gehen jetzt sehr mies. Die Konkurrenz gibt acht, daß es einem nicht zu wohl wird!"

„Was heißt Konkurrenz, wenn man einen der größten deutschen Elektrizitätskonzerne vertritt . . .?" spöttelte Ursula.

Kerkhoff trat aus seiner Reserve. Es war sonst nicht seine Art, Damen gegenüber von Geschäften zu sprechen, aber nun reizte ihn schon der Tonfall, in dem das Mädel die Fragen stellte.

„Ich stehe vor einem günstigen Abschluß mit dem neuen Innsbrucker Elektrizitätswerk. Es handelt sich um die Lieferung von zehntausend Zählern. Das ist gewiß ein netter Auftrag, über den man sich im Münchener Zweigwerk meiner Berliner Firma freuen würde — aber leider hat sich der Teufel im letzten Augenblick eingehockt."

Die Blondine nahm einen Schluck von ihrem Kaffee und entzündete sich dann eine Zigarette.

„Wie heißt der Teufel?" In ihren Augen lauerte der Schalk.

Kerkhoff tat einen erregten Zug an seiner Zigarre, fuhr fort: „Da sind mir die Wiener Austria-Werke in die Quere gekommen. Die können um zehn Prozent billiger liefern, als meine Firma. Der Salzburger Vertreter, ein gewisser Vidor, ist ein gerissener, mit allen Wassern gewaschener Halunke!"

Nun konnte Ursula das Lachen nicht mehr verbeißen. Sie platzte heraus, in ihren dunklen Augen glänzte Neckerei.

„Da hast du es schöner in deiner Redaktion," kränkte sich Kerkhoff, „du arbeitest mit der Schere und schreibst höchstens mal den verbindenden Text dazu. Sonnabends mittag beginnt das Wochenende, dann winken die Berge und du spülst dir die Lungen wieder rein vom Staub deiner Schriftleiterbude . . ."

Ursula nickte ihm begütigend zu.

„Sei mir nicht böse, ich wollte dich nicht beleidigen." Sie warf einen Blick auf die Uhr an ihrem Handgelenk.

„Noch eine Viertelstunde, wir müssen aufbrechen."

Die Einheimischen behielten recht: es gab einen sonnigen Spätnachmittag. Die Fahrt mit der elektrischen Bahn über Schellenberg nach Salzburg wurde für die beiden Naturschwärmer wieder ein Erlebnis. Aus den Tälern stiegen sanfte von der Sonne gelockerte Nebel auf. Im Hintergrunde bohrte der Watzmann seinen gekerbten Gipfel schon wieder in das reinste Himmelsblau, und links erschien das trotzige Massiv des Untersbergs in so klaren, ungemischten Farben, als hätte es nie Gewitter und Regen gegeben.

„Schau mal voraus, Eberhard," lockte Ursel, „hast du Hohensalzburg und den Gaisberg schon mal so wundervoll pastellzart gesehen?"

Seite an Seite guckten sie durch das Fenster, freuten sich der verschwenderischen Reize, die sich ihnen boten. Einmal kamen sie sich so nahe, daß Ursels blonder Pagenkopf die Wange Kerkhoffs streifte. Am liebsten hätte er sie jetzt noch, kurz vor dem Ziel, an sich gerissen. Zum Teufel — konnte es ein schöneres Paar geben, als sie? Garantierte nicht schon die ihnen beiden gleichermaßen innewohnende Liebe zu den Bergen ein reines Glück für alle Zukunft?

„Und morgen fahre ich in die Ferien!" jubelte das Mädel. „Kannst du dir das denken, Eberhard: vier Wochen bezahlten Urlaub in den Alpen zu verleben? Vier Wochen lang das Glück der Freiheit genießen zu dürfen?"

Kerkhoff blieb sachlich.

„Nennst du das Freiheit, wenn du mit deinem Freund oder Geliebten ins Gebirge fährst?"

Zum erstenmal wollte das Gespräch auf den „großen Unbekannten" kommen.

„Wer sagt, daß ich mit ihm fahre? Wir werden uns vielleicht einmal im Kaisergebirge treffen — im übrigen hat er gar keine Zeit . . . Und ich auch nicht. Ich muß Aufnahmen vom Wilden Kaiser machen . . ."

Kerkhoff stand in Versuchung, die Gelegenheit zu nützen, nach dem „Freund" Ursels zu fragen, da brachte sie ihn mit der ihr eigenen Lebhaftigkeit schon wieder auf ein anderes Thema.

„Sieh mal, Eberhard: Glüht der Hohe Göll nicht geheimnisvoll wie von innen heraus?"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg